









Preussischer Landtag.

Serrenhaus.

9. Sitzung am 29. März 1898, 12 Uhr.

Die Gesekentwürfe betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den älteren Provinzen und die Bildung von Parochialverbänden in Schleswig-Holstein werden angenommen.

Es folgt Beratung des Gesekentwurfs betr. die Erhöhung des Grundkapitals der preussischen Zentralgenossenschaftskasse. Die Kommission beantragt unveränderte Annahme.

In der Diskussion hierüber empfiehlt der Reichsbank-Präsident Dr. Koch die Annahme der Vorlage. Er verfolge die Entwicklung der Kasse mit Interesse und Sympathie, und freue sich, daß sich die Kasse viele Einrichtungen der Reichsbank zum Muster genommen habe.

Minister v. Müllers ist für das Wohlwollen der Reichsbank dankbar, verweist aber darauf, daß die Existenz der Kasse die Reichsbank von vielen lästigen Anforderungen befreit habe. Die Kasse müsse sich in der Hauptsache auf ihre eigenen Mittel stützen, sie habe sich unzweifelhaft für den Mittelstand in Stadt und Land als eine wahre Wohlthat erwiesen.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Gesekentwurf angenommen.

Es folgt Beratung der Novelle zum Anstiedelungs-Gesek. Die Kommission beantragt unveränderte Annahme. Graf v. Rosenfeld spricht sich für die Vorlage aus. Herr v. Rosielski erklärt, daß er mit der Haltung seiner Landsleute in der Frage der Marinevorlage nicht einverstanden sei.

Der Eisenbahnminister habe Anträge auf Fahrpreiserhöhungen grundsätzlich abgelehnt. Er, Redner, habe die Zuversicht, daß der Richterstand, wenn es ihm auch unvermeidliche Opfer koste, sich in der Handhabung des Bürgerlichen Gesekbuchs tüchtig und leistungsfähig machen werde.

Im Anschluß daran wird die Denkschrift über die Ausführung des Anstiedelungs-Gesekes für 1897 durch Kenntnismahme erledigt. Eine Petition des Abentheueren gegen die Benutzung der Renten-gütergesetz zur Bildung polnischer Rentengüter wird mit Rücksicht auf die von den Regierungsvertretern in der Kommission in Aussicht gestellten Maßregeln durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung voraussichtlich am 26. April: Kleine Vorlage, Petitionen.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung am 29. März 1898, 12 Uhr.

Das Haus setzte heute die dritte Beratung des Staatshaushaltsetats für 1898/99 fort. Beim Etat der Justizverwaltung bespricht Abg. Willbrand (Ctr.) die Kündigungsverhältnisse der Kanzleihilfen. Justizminister Schönstedt legt dar, daß von der Kündigung nur in Fällen besonderer Nachlässigkeit Gebrauch gemacht werde.

Beim Etat des Ministeriums des Innern führt Abg. Müller (natlib.) aus, daß der Erlaß vom 22. d. M. wegen Nichtzulassung ausländischer Arbeiter die Ziegelindustrie in Hannover und Westfalen schädigen werde.

Beim Etat des Ministeriums des Innern führt Abg. Müller (natlib.) aus, daß der Erlaß vom 22. d. M. wegen Nichtzulassung ausländischer Arbeiter die Ziegelindustrie in Hannover und Westfalen schädigen werde. Minister Frhr. v. d. Recke sagt zu, daß durch plötzliche Ausweisungen der Industrie keine Verlegenheiten bereitet werden sollten; den Oberpräsidenten sei empfohlen, in Bedürfnisfällen die Arbeiter bis zum 15. November in den Diensten zu belassen.

weilt auch seinerseits die Behauptung des Abg. Szmulas zurück, daß die Regierung für die landwirtschaftliche Arbeiterfrage keinen Eifer bezeige. Abg. v. Glebocki (Pole) bespricht sich über Nichtbestätigung eines polnischen Gemeinde-Vorsehers. Ministerialdirektor v. Bitter jagt Unternehmung des Falles zu.

Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung bespricht Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein Angriffe, welche der Abg. Dünkelberg bei der zweiten Lesung im Hause gegen die Generalkommission in Düsseldorf gerichtet hat, als ungehörig. Präsident v. Kröcher bemerkt, daß er die Frage, ob Mitglieder der Regierung der Disziplinargewalt des Präsidenten dieses Hauses unterliegen, nicht berühren wolle; wenn aber ein Mitglied des Hauses solche Ausführungen gemacht hätte, würde er sie nicht ohne Rüge lassen dürfen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung; erste Lesung der Pflanzenschutz-Gesekes.

Deutscher Reichstag.

72. Sitzung am 29. März 1898, 12 Uhr.

In der heutigen Sitzung wurden zunächst einige Rechnungssachen erledigt, sodann wurde die dritte Beratung des Reichshaushaltsetats begonnen. Nach einer kurzen Generaldiskussion kommt beim Etat des Reichstages der Abg. Lieber (Ctr.) auf den schon bei der zweiten Etatsberatung zur Sprache gebrachten Wunsch zurück, daß die Unterzeichner von Petitionen der Regierung nicht genannt werden sollen.

Beim Etat des Reichskanzlers beantragen die Sozialdemokraten eine Resolution, nach welcher eine kürzlich im Reichsanzeiger veröffentlichte Berichtigung eines in einem Gesek vom Jahre 1891 vorgekommenen Druckfehlers für ungültig erklärt werden solle, da sie der Zustimmung des Reichstages entbehre.

Absticht des Reichstages bezüglich der berichtigten Stelle in dem betreffenden Gesek bestehe kein Zweifel. Es handle sich nur um ein Versehen. Die Berichtigung sei erst erfolgt, nachdem sich der Staatssekretär des Innern mit dem Präsidenten des Reichstages in Verbindung gesetzt habe.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes fragt der Abg. Richter (frei. Volksp.) wegen der provisorischen Verlängerung des Handelsvertrages mit England und wegen des Vertrages mit China an.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Fortsetzung der dritten Etatsberatung.

Verantwortlich für die Redaktion: Heint. Wartmann in Thorn.

Table with 4 columns: Getreideart, Preis pro 100 Kilogramm, and other details. Includes entries for Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Amliche Notirungen der Danziger Produkten-Börse von Dienstag den 29. März 1898. Für Getreide, Hülsenfrüchte und Delsaaten werden außer den notirten Preisen 2 Mark per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

